

PRESSEMITTEILUNG

Arbeitskonflikt beim TICE: FGFC stellt zweiten Antrag auf Schlichtung

Nach einem ersten, als unzulässig erklärten Antrag fordert die Gewerkschaft erneut die Einberufung der Nationalen Schlichtungskommission. Sie sieht einen kollektiven Arbeitskonflikt, der nur noch durch eine unabhängige Schlichtung gelöst werden kann.

Nach monatelangen erfolglosen Gesprächen und einem ersten gescheiterten Schlichtungsversuch unternimmt die FGFC einen neuen Anlauf: Die Gewerkschaft hat beim luxemburgischen Innenminister die Einberufung der **Nationalen Schlichtungskommission** beantragt. Nach Auffassung der FGFC handelt es sich längst um einen **kollektiven Arbeitskonflikt**, der weite Teile der Belegschaft des **TICE (Syndicat des tramways intercommunaux du canton d'Esch-sur-Alzette)** betrifft und nur noch durch eine unabhängige Schlichtung gelöst werden kann.

Bereits am 3. Dezember 2025 hatte die FGFC einen ersten Antrag auf Schlichtung eingereicht. Dieser wurde jedoch für unzulässig erklärt, weil nach Ansicht der zuständigen Stellen keine ausreichenden Anhaltspunkte für einen kollektiven Konflikt vorgelegen hätten. Die FGFC weist diese Begründung zurück und betont, dass bereits der erste Antrag umfangreiche Unterlagen enthielt, welche den kollektiven Charakter des Konflikts belegten.

Ein wesentlicher Bestandteil des ersten Antrags war eine repräsentative Mitarbeiterumfrage, an der sich rund zwei Drittel der Belegschaft beteiligten. Die Ergebnisse zeigten deutlich, dass eine große Mehrheit der Teilnehmer eine erhebliche Verschlechterung des Arbeitsklimas sowie zahlreiche strukturelle Probleme innerhalb des TICE wahrnahm. Für die FGFC bestätigte diese Umfrage bereits damals, dass es sich nicht um vereinzelte Beschwerden handelt, sondern um Missstände, die einen erheblichen Teil der Beschäftigten betreffen.

Zudem kritisiert die Gewerkschaft, dass die erste Schlichtungssitzung erst am 24. Juni 2026 stattfand. Die lange Wartezeit habe die Spannungen weiter verschärft und dazu geführt, dass sich die beanstandeten Probleme weiter verschlimmerten. Während dieser Zeit sei die Personalvertretung zunehmend außen vor gelassen worden, wodurch sich die Situation für die Beschäftigten weiter verschärft habe. Deshalb sieht die FGFC einen zweiten Antrag auf Einberufung der Nationalen Schlichtungskommission als zwingend notwendig an.

Nach Angaben der Gewerkschaft wurden in den vergangenen zwei Jahren zahlreiche Versuche unternommen, die Situation im Dialog zu lösen. Neben Gesprächen mit der Direktion fanden Sitzungen mit der Personaldelegation statt, es wurden offizielle Schreiben und Forderungen übermittelt sowie die erwähnte Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Trotz dieser Bemühungen seien keine nachhaltigen Verbesserungen erreicht worden. Das Vertrauen zwischen Personalvertretung und Direktion sei zunehmend verloren gegangen, während sich das Arbeitsklima weiter verschlechtert habe. Aus Sicht der FGFC seien damit die Möglichkeiten des sozialen Dialogs ausgeschöpft.

Nach Auffassung der FGFC handelt es sich nicht um einzelne Streitfälle, sondern um strukturelle Probleme, die einen großen Teil der Belegschaft betreffen und damit die Voraussetzungen eines kollektiven Arbeitskonflikts erfüllen. Zu den wichtigsten Kritikpunkten gehören:

- **Ein verschlechtertes psychosoziales Arbeitsklima** mit zunehmenden Belastungen für die Beschäftigten sowie das Fehlen wirksamer Maßnahmen zur Prävention psychosozialer Risiken.

-
- Ein zunehmend beeinträchtigt sozialer Dialog zwischen der Verwaltung, dem Bureau des TICE und der Personalvertretung sowie eine unzureichende Einbindung der Personalvertretung in wichtige Entscheidungsprozesse.
- **Entscheidungen über die Arbeitsorganisation, Dienstpläne und interne Regelungen**, die nach Auffassung der FGFC ohne die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Personalvertretung getroffen wurden.
- **Chronischer Personalmangel** in mehreren Bereichen sowie eine fehlende Personalplanung, die zu einer erhöhten Arbeitsbelastung, Problemen bei der Urlaubsplanung und zusätzlichen Einsätzen führt.
- **Fehlende transparente und objektive Regeln** für Dienstpläne, Schichtenteilungen und die Organisation der Arbeit.
- **Unsicherheit über den Erhalt bestehender Arbeits- und Vergütungsbedingungen**, insbesondere der Bereitschaftszulage („Prime d'astreinte“) im Zuge der geplanten Umstrukturierung des TICE.
- **Kritik an der Verwaltung von Personaldaten**, insbesondere am Vorwurf der Führung nicht gesetzeskonformer Parallel-Personaldossiers. Nach Ansicht der FGFC wirft dies Fragen hinsichtlich der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften für Personalakten sowie der datenschutzrechtlichen Bestimmungen (RGPD/DSGVO) auf.
- **Unverhältnismäßige Disziplinarverfahren** und fehlende einheitliche Kriterien bei deren Anwendung, was nach Ansicht der Gewerkschaft zahlreiche Beschäftigte betrifft und ebenfalls Teil des kollektiven Konflikts ist.

Mit dem neuen Schlichtungsantrag fordert die FGFC unter anderem:

- ein unabhängiges psychosoziales Audit,
- konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsklimas,
- die Wiederherstellung eines konstruktiven sozialen Dialogs sowie einen regelmäßigen und verbindlichen Austausch zwischen der Verwaltung, dem Bureau des TICE und der Personalvertretung,
- transparente Regeln bei Dienstplänen und Personalplanung,
- eine ausreichende Personalbesetzung, um insbesondere eine verlässliche Urlaubsplanung und die Wahrung der Urlaubsansprüche der Beschäftigten sicherzustellen,
- den Erhalt bestehender Arbeitnehmerrechte sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen,
- faire und nachvollziehbare Disziplinarverfahren,
- eine schriftliche Garantie für den Fortbestand der Bereitschaftszulage,
- sowie einen verbindlichen Maßnahmenplan mit klaren Fristen und regelmäßiger Überprüfung der Umsetzung.

FGFC erwartet rasche Einberufung der Schlichtungskommission

Die FGFC geht davon aus, dass die Nationale Schlichtungskommission **noch vor den Sommerferien** zusammentritt. Sollte sich das Verfahren erneut verzögern, könnte sich nach Ansicht der Gewerkschaft der Eindruck erhärten, dass die Entscheidung aus politischem Kalkül bis zur Einführung des neuen „**Syndicat mixte**“ hinausgezögert werden soll. Die FGFC macht deutlich, dass sie eine solche Hinhaltetaktik nicht akzeptieren werde. Schließlich gehe es um **gewerkschaftliche Grundrechte**. Da Gemeindebeamte in Luxemburg **kein Streikrecht** besitzen, sei die Schlichtungskommission das wichtigste gesetzlich vorgesehene Mittel, um nach monatelangem Stillstand eine Einigung zu erreichen. Gleichzeitig seien die Beschäftigten des TICE weiterhin täglich den beanstandeten Arbeitsbedingungen und dem belasteten Arbeitsklima ausgesetzt.

„Es reicht jetzt – die Beschäftigten haben ein Recht auf eine rasche und faire Lösung der Konflikte.“